

Paibacher Zeitung.

Nr. 82.

Bräunungspreis: Im Comptoir ganzl.
fl. 11, halbj. fl. 5-60. Für die Zustellung ins Haus
halbj. 50 fr. Mit der Post ganzl. fl. 15, halbj. 7-50.

Montag, 12. April.

Insertionsgebühr: Für kleine Insertate bis zu
4 Seiten 25 fr., größere per Seite 6 fr.; bei älteren
Wiederholungen per Seite 3 fr.

1880.

Amtlicher Theil.

Se. I. und I. Apostolische Majestät haben nachstehende Allerhöchste Handschriften allergnädigst zu verlassen geruht:

Lieber Freiherr von Hofmann!

Indem Ich Sie Ihrem Ansuchen gemäß von der Stelle Meines gemeinsamen Finanzministers unter Vorbehalt Ihrer Wiederverwendung in Meinem Dienst in Gnaden enthebe, verleihe Ich Ihnen im Anerkennung der ausgezeichneten Dienste, welche Sie durch viele Jahre und namentlich in dem Ihnen in letzter Zeit zugewiesenen wichtigen Wirkungskreise mit Eifer, Treue und Hingabe geleistet haben, tozfrei das Großkreuz Meines Leopold-Ordens.

Wien am 8. April 1880.

Franz Joseph m. p.

Haymerle m. p.

Lieber von Szláv!

Ich erinne Sie zu Meinem gemeinsamen Finanzminister.

Wien am 8. April 1880.

Franz Joseph m. p.

Haymerle m. p.

Se. I. und I. Apostolische Majestät haben mit Allerhöchster Entschließung vom 4. April d. J. dem Landesfürstlichen Entschließung vom 4. April d. J. dem Landesherrn in Steiermark Dr. Heinrich Klinnigan in Anerkennung seiner ausgezeichneten Dienstleistung im Veterinärfache und auf dem Gebiete der Viehzucht das Ritterkreuz des Franz-Joseph-Ordens allergnädigst zu verleihen geruht.

Nichtamtlicher Theil.

Aus der Budgetdebatte.

Im Nachhange zum Berichte über die Sitzung des Abgeordnetenhauses vom 8. d. M. lassen wir einen Theil der Ausführungen des Abg. Hauner hier folgen. Derselbe bemerkte unter anderm: „Die Verlegung eines Statthalters von einem Posten auf einen gleichwertigen und nach meiner Ansicht noch viel angenehmeren, also eine ganz unschuldige und unterordnete dienstliche Verfügung, welche der Natur der Sache nach sich eigentlich jeder parlamentarischen Diskussion entziehen sollte, scheint dem Abg. Dr. v. Plener wichtig und tragisch genug, dass er den nächstern Finanzmann ganz vergift und den hochconservativen Monarchisten hervorkehrt und mit Abscheu rüft: Da sinkt ja Oesterreich auf das Niveau des republikanischen Frankreich herab. Nun es liegt nicht in meiner Art, Herzenwünsche in Bezug auf fremde Mächte laut werden zu lassen, aber in Bezug auf den Gegenstand, den wir eben behandeln, in Bezug auf das Budget möchte ich mir dennoch erlauben, auszusprechen, dass es vielleicht nicht so bitter wäre, wenn wir auf das Niveau eines Überschusses der Einnahmen über die Ausgaben von 40 Millionen Francs, auf das Niveau des Staatsvoranschlages gegenüberstehenden, um 90 Millionen höhern Steuereinganges und auf das Niveau verschiedener anderer französischer finanzieller Zustände — sinken würden. Ich würde jedenfalls dieses Sinken einem Aufschwunge vorziehen, wie wir ihn alle miterlebt haben.“

Der Redner bemerkte weiters, der Abg. v. Plener müsse reizbare Nerven gehabt haben, als er die Worte sprach: „Seit drei Vierteljahren tobten die nationalen Leidenschaften fesseloser denn je in Oesterreich.“ Da muss man wahrhaftig ein Hansen'sches Medium sein, das eine Kartoffel für Birnen ist, um das zu begreifen! In der ganzen weiten Monarchie ist alles ganz ruhig und still, etwas apathisch, etwas gedrückt, wie es eben wirtschaftliche Sorgen mit sich bringen, in Prag huldigen zwei Volksstämme friedlich und geheimsam dem Kronprinzen Rudolf, und das soll das einzigt dem entfesselten nationalen Leidenschaften sein? Lobe der entfesselten nationalen Leidenschaften sein? Man sage mir doch ein Ereignis, irgend einen Conflit, irgend eine Ausschreitung, irgend einen blutigen Wahlkampf, wie sie in England und Ungarn hundertfältig vorkommen, um dieses Wort mit etwas zu begründen, und dennoch war es dem Herrn Abg. Dr.

Menger gegeben, diesen hyperbolischen Ausspruch noch zu überbieten, indem er ausrief: „Das Deutschthum ist in Gefahr!“

Ich habe eine viel zu hohe Meinung von den Deutschen, ich kenne, achte und schaue sie zu sehr, um einen Moment annehmen zu dürfen, dass dieses deutsche Element, welches überall, wo es sich festsetzt, so tiefen Wurzeln schlägt und so zäh ausharrt, durch Beamtenverseuchungen, Parallelklassen und — verzeihen Sie den trivialen Ausdruck — durch solche Vappalien in irgend etwas erschüttert werden könnte. Als ich diesen Ausruf des Abg. Dr. Menger hörte, dachte ich mir, was doch die Deutschen für ein beneidenswertes Volk sind, denn sie wissen gar nicht, was das ist, wenn eine Nationalität in Gefahr ist. Sie können es gar nicht wissen, weil ihnen das nicht widerfährt. Denken Sie, meine Herren, an eine Bedrückung, welche keiner anderen Bedrückung an die Seite zu stellen war, die in Schleswig. Welche ungeheure Reaction hat das hervorgerufen! Wie schnell und blutig wurde das gerächt, und wie wird das bis jetzt an den Dänen revanchiert. Es ist hier und da vorgekommen bei den Elsässern in Frankreich im vorigen Jahrhunderte, wo das Nationalitätengefühl minder wach war, und auch in Ungarn, dass einzelne Deutsche einige ihrer Eigentümlichkeiten freiwillig aufgegeben haben, aber sogar in Frankreich und Ungarn hatten die Deutschen wenigstens deutsche Volksschulen.

Ich gehe jetzt zum eigentlichen Gegenstande, zum Budget, über. Es klingt paradox, aber es ist nichtsdestoweniger richtig, dass es denjenigen Mitgliedern des Budgetausschusses, welche an dem Zustandekommen des Budgets teilgenommen, schwerer ist als einem anderen, sich auf einen gewissen, freieren Standpunkt zu stellen, um einen weiteren Ausblick zu gewinnen. Bei dem Bestreben, die unproductiven Ausgaben zu vermindern, trifft man auf bindende Verpflichtungen, auf erworbene Rechte, bei dem Wunsche, die productiven Ausgaben zu heben, begegnet man dem mit Gesetzesautorität beliebten Usus, niemals eine höhere Post als die von der Regierung präliminierte einzustellen. Bei der Tendenz, die Einnahmen zu vermehren, trifft man auf Scrupeln und Besürchtungen aller Art, so dass schließlich ein gewisser fatalistischer Pessimismus sich in das Gemüth einschleicht und man die rechte Freude an dem Versuche, an dem Budget zu ändern und zu verbessern, verliert. Während der letzten zwölf Jahre kommt mir vor, als ob sowohl Volksvertretung als Regierung vier Phasen der Auffassung des Budgets und des Bestrebens, dasselbe zu verbessern, durchliefen. Die erste Phase war die der Ersparnisse vom Jahre 1868 bis 1871, die zweite von den Jahren 1871 bis 1873 war die Phase der Illusionen, die dritte von 1874 bis 1878 die Phase der Steuerreform, die vierte von 1879 bis 1880 die Phase des entmuthigten Pessimismus, allein zu schwarz darf man die Sache denn doch nicht ausmalen, es ist nicht gerechtfertigt, die Besürchtungen zu hegen, dass in Zukunft der Staat seinen Verpflichtungen nicht nachkommen werde. Wir stehen jetzt auf dem Punkte, dass unsere Staatschulden von den Einnahmen 28-4 Prozent hinwegnehmen, allein wir finden sieben europäische Staaten, welche noch viel mehr von diesen Einnahmen auf die Staatschuld verwenden müssen, und zwar die Türkei, Rumänien, Portugal, Frankreich, Spanien, Italien und Ungarn.

In einer großen, unproductiven Ausgabenpost nimmt Oesterreich eine verschiedene Stellung unter den europäischen Staaten ein: in den Heeresauslagen. Die Heeresauslagen nehmen von den Einnahmen in Oesterreich 17-2 Prozent hinweg, und da sehen wir, dass die größere Hälfte der europäischen Staaten ein höheres Prozent ihrer Einnahmen diesen Auslagen zuwendet. Weniger belastet sind in dieser Beziehung nur die Schweiz, Belgien, Italien, Rumänien, Portugal und Norwegen.

Wenn wir nun die Steuerlast, welche auf Oesterreich entfällt, die directen und indirekten Steuern, zusammennehmen, finden wir, dass gegenwärtig in Oesterreich 15-70 fl. auf den Kopf entfallen. Nur vier Staaten, Frankreich mit 25, Großbritannien mit 20-40, die Niederlande mit 19 und Spanien mit 16-80, sind noch stärker mit Steuern belastet. Schon diese vergleichende Zusammenstellung zeigt, wie außerst schwierig eine Steuerreform aufzustellen, wie ungemein vorsichtig sie durchzuführen ist bei Verhältnissen, welche

darauf hindeuten, dass wir schon in vielfacher Beziehung an der Grenze des Möglichen angelangt sind. Das Ergebnis, welches aus der vergleichenden Zusammenstellung hervorleuchtet, bewirkt, dass sich die Kritik des Vorgehens der jetzigen Regierung kaum zu einem Tadelsvotum zuspielen könne, da diese ungemein schwierigen Verhältnisse jede rasche Lösung und Bewältigung ausschließen, und da die Vorbereitung einer tiefgreifenden und systematischen Steuerreform notwendig außerordentlich langsam vor sich gehen muss, da ferner das Hauptziel ein überkommenes ist, nicht ein überkommenes aus inneren Maßnahmen, sondern ein von außen hineingetragenes. Ich glaube, welche Regierung immer mit der Steuerverwaltung betraut wäre, sie könnte an diesen oben angedeuteten Verhältnissen nichts ändern, und darum werde ich für das Eingehen in die Specialdebatte stimmen.“

Oesterreichischer Reichsrath.

67. Sitzung des Abgeordnetenhauses.

Wi en, 9. April.

Präsident Coronini eröffnet die Sitzung um 11 Uhr. Am Ministersthule: Taaffe, Bražak, Conrad, Kriegsau.

Die Generaldebatte über das Budget wird fortgesetzt.

Abg. Neuwirth wendet sich zunächst gegen die Ausführungen des Abgeordneten Haasner. Mit philosophischen Zukunftsüberlegungen über den Rechtsstaat Oesterreich sei für die Besserung der Finanzen blutwenig gethan. Habe er auf Frankreich hingewiesen, so müsse entgegnet werden, dass dieses kein Galizien habe, das Oesterreich so theuer zu stehen komme. Auch die übrigen geistreichen Aperçus hätten ihren Zweck verfehlt. Redner wendet sich hierauf zur Besprechung der Thätigkeit des Budgetausschusses. Derselbe habe vor Resolutionen debattiert nicht ans Ziel gelangen können; er habe zu dem Wochen gebraucht, was, wie das Unterrichtsbudget, in zwei Tagen zu erledigen gewesen wäre. Die Majorität, welche verschobene kleine Geschenke der Regierung annimmt, müsse endlich dankbar sein und die Regierung stützen, damit sie aus der peinlichen Lage über den Parteien befreit werde; sie müsse auch einige harmlose Steuergesetze annehmen, denn die Regierung wolle leben. Redner beschäftigt sich sodann mit der Person des Finanzministers, citoert einige Stellen aus dessen Broschüre und betont, dass derselbe die Vorlagen seines Vorgängers ablehne, so dass das ganze Finanzprogramm in der Luft schwebt. Redner dankt schließlich dem Ministerpräsidenten, dass er durch das Coalitionsprogramm und seine Aktionen die verfassungstreuen Parteien geeinigt habe. (Beifall links.)

Abg. Dr. Ferzabek entgegnet zunächst auf die Ausführungen der Abgeordneten Neuwirth und Hallwich, indem er betont, dass die czechische Nation ihre alte Entwicklungsgeschichte besitzt und sich in cultureller Beziehung auf ihre eigene Kraft stützen könne. Zur Regelung der Finanzen sei es notwendig, dass für culturelle Zwecke, für productive Anlagen mehr verwendet werde. Redner weist diesfalls auf das Vorgehen Russlands hin, wo die Einnahmen fortwährend im Steigen begriffen seien. Wenn die Deutschen in Oesterreich aus finanziellen Gründen der Occupationspolitik widerstreiten, so trafen sie mit den Gefühlen der Slaven Oesterreichs zusammen, welche die ungehörte Einigung der Südslaven sehrlichst herbeiwünschten. Die Vermehrung der Staatschuld um 160 Millionen durch diese Action falle daher lediglich der auswärtigen Politik zur Last. Redner hofft, dass durch die Vollendung des Friedenswerkes zwischen den Nationen auch das Deficit in Oesterreich verschwinden werde. (Bravo rechts.)

Abg. Dr. Rupp wirft einen Rückblick auf die österreichische Geschichte der letzten 20 Jahre, um Analogien für das gegenwärtige Cabinet zu suchen. Der Redner bespricht sodann die Zusammensetzung des jetzigen Ministeriums und der Majorität des Hauses; hierauf wendet er sich gegen die Bestrebungen, die achtjährige Schulpflicht abzukürzen und die Autonomie zu erweitern. Er polemisiert gegen die Redner der Rechten und richtet schließlich an den Ministerpräsidenten die Wahrung, an das Ende seiner Aktion zu denken; denn sehr leicht könnte es ihm arrivieren, dass er während er emporzusteigen glaube, durch einen Rück-

der hinter den Couffissen arbeitenden Maschinenmeister tief in die Verfunkung falle. Bisher habe der Coalitionsversuch der Regierung nur Misstrauen von der einen Seite und Mangel an Vertrauen von der andern Seite zur Folge gehabt. Dieser Situation gegenüber könne die Verfassungspartei in ihrer Haltung keineswegs schwankend sein. (Beifall links.)

Abg. Ritter v. Krzeczonowicz erinnert die Redner der Linken daran, dass das Ministerium Auersperg jahrelang mit dem Misstrauen der Rechten und dem Mangel an Vertrauen von Seite der Linken regiert habe. Was Abg. Neuwirth von Galizien gesagt, beruhe auf Unkenntnis der Verhältnisse. Ein Land, das früher durch Beamte wie ein verpachtetes Gut behandelt worden sei, könne derzeit nicht so steuerleistungsfähig wie andere Länder sein. Die Programmlosigkeit der Regierung sei ihm noch immer lieber als das Programm des Abg. Neuwirth. Derselbe habe eigentlich nichts anderes gethan, als die Aufmerksamkeit darauf gelenkt, dass Galizien zu wenig Steuer zahle. (Heiterkeit.) Der Vergleich Galiziens mit Frankreich hinse. So unsinnig werde man in Frankreich nicht handeln, die Departements der Pyrenäen und der Seine gleich zu besteuern. (Beifall rechts.)

Redner wendet sich hierauf gegen die Ausführungen des Abg. Plener inbetreff des künftigen höhern Ertrages der Grundsteuer, der Erwerbs- und Einkommensteuer. An eine Erhöhung des Grundsteuerertrags sei wenigstens in Galizien nicht zu denken; es werden vielmehr bedeutende Ermäßigungen eintreten müssen. An der Erwerbsteuer könne nicht gerüttelt werden. Eine Reform sei lediglich bei der Einkommensteuer möglich. (Beifall rechts.)

Schluss der Sitzung halb 4 Uhr. — Nächste Sitzung morgen.

Nachtragscredit für die Weltausstellung in Melbourne 1880/81.

Die Regierung hat im Abgeordnetenhaus eine Nachtragscreditforderung im Betrage von 10,000 fl. für die Beteiligung Österreichs an der im Jahre 1880/81 in Melbourne in Australien stattfindenden internationalen Weltausstellung eingebrocht, die zweifelsohne vom Reichsrath auch bewilligt werden dürfte. Dem vom f. f. Handelsministerium zu dieser Vorlage erstatteten Motivenberichte entnehmen wir folgende Ausführungen:

Die Zahl der in den letzten Wochen beim österreichisch-ungarischen Exportvereine eingelangten Anmeldungen für Melbourne, zumeist von bedeutenden und angesehenen Etablissements der exportfähigen Industriezweige Österreich-Ungarns herrührend, beträgt beiläufig 220. Dieselben sind geeignet, wenn sie der Sache gewonnen bleiben, unserer Monarchie auf der Melbourner Ausstellung eine würdige Stellung neben den großen europäischen Culturstaaten zu sichern. Diese Anmeldungen beruhen jedoch insbesondere auf der Voraussetzung, dass die österreichische Regierung die Repräsentation der vaterländischen Industrie in Melbourne in ähnlicher Weise unterstützen werde, wie dies von Seite anderer Industriestaaten geschieht und auch von österreichischer Seite — wiewohl in sehr bescheidenem Maßstabe — anlässlich der Weltausstellung 1879 in Sydney der Fall war. Es liegt nun gewiss nicht nur im Interesse der Beteiligten, sondern des Staates selbst, eine möglichst vollständige Vertretung Österreichs in allen exportfähigen Zweigen auf der Weltausstellung in Melbourne zu gestalten zu bringen. Nach den zugeboten stehenden Nachrichten ist Melbourne für den australischen Importhandel, der bisher zu drei Vierteln in den Händen Englands liegt und dessen Wert sich schon jetzt auf 37 Millionen £. beläuft, noch viel wichtiger als Sydney. Alle Berichte schildern Australien als ein Absatzgebiet von großer Zukunft, als einen Erdtheil von rasch steigender Consumfähigkeit und derzeit noch unentwickelter Industrie, und Melbourne ist der Centralhandelsplatz dieses Erdtheiles.

Gleich allen anderen exportfähigen Industriestaaten muss daher auch Österreich diesem neuen, mit europäischen Waren bisher nicht vollständig gesättigten Markt seine volle Aufmerksamkeit zuwenden. Es ist mit Grund zu erwarten, dass die Umläufe und Bestellungen österreichischer Waren in diesem Knotenpunkte des australischen Handels noch größeren Umfang erlangen werden, als in Sydney, und die dort zu erwartenden Anknüpfungen zur Herbeiführung dauernder Handelsverbindungen zwischen Österreich und Australien dienen werden. Andererseits bestünde die Gefahr, dass selbst die in Sydney angeknüpften Verbindungen wieder sich lösen könnten und somit die für jenes Unternehmen gebrachten Opfer erfolglos bleibent, wenn die österreichischen Erzeugnisse, die sich bei der dortigen Ausstellung so rasch Beifall errungen und einen guten Namen gemacht haben, auf dem unmittelbar nachfolgenden Ausstellungs-Unternehmen nicht erscheinen würden.

So wichtig es nun ist, dass Österreich in Melbourne würdig auftrete, so unthunlich scheint es, die Kosten dieser Repräsentation denjenigen allein aufzuladen, welche sich entschlossen haben, als Pionniere

der vaterländischen Industrie diese Ausstellung zu beschicken. Die vorgebrachten Culturstaaten, welche insgesamt der Ausstellung in Melbourne eine größere Beachtung, als der ersten australischen Ausstellung in Sydney zuwenden, haben gleichzeitig, so viel bekannt, ausnahmslos auch die Unterstützung der Aussteller seitens des Staates als nothwendig erkannt. Die Regierung glaubt deshalb, dass es nach Lage der Verhältnisse vollkommen gerechtfertigt und geboten ist, auch den österreichischen Theilnehmern an dieser Welt-Ausstellung die Beteiligung von Staatswegen zu erleichtern. Ein Schritt ist in dieser Richtung nun zwar bereits dadurch geschehen, indem infolge der Verwendung des Handelsministeriums und des f. f. Ministeriums des Neuzern von der Transportgesellschaft des österreichisch-ungarischen Lloyd die Ausfristung eines eigenen, direkt von Triest nach Melbourne abgehenden Lloyd-Schiffes beschlossen und eine wesentliche Frachtermäßigung für die auf diesem Schiffe zu verfrachtenden österreichischen Ausstellungsgüter erlangt worden ist. Nachdem jedoch die Beschickung dieser Ausstellung außer der Fracht noch zahlreiche andere namhafte Auslagen, wie für Vorarbeiten des Unternehmens in Wien, für den Katalog, für Reise und Aufenthalt der österreichischen Delegierten in Melbourne, für Installation, Decoration und Beauffichtigung der österreichischen Abtheilung, Porto, Depeschen und Drucksachen etc. mit sich bringt, die auf mindestens 30,000 fl. veranschlagt werden, so empfiehlt es sich gewiss, den mittelst Beschickung dieser Ausstellung im Interesse des Staates unternommenen Exportbestrebungen unserer Industriellen auch einen Beitrag aus öffentlichen Mitteln zuwenden, zumal hierin zugleich eine moralische Unterstützung des Unternehmens seitens der Regierung liegt. Bezüglich der Besserung dieses Beitrages müssen allerdings die schwierigen Finanzverhältnisse in Erwägung gezogen werden. In Berücksichtigung aller angeführten Verhältnisse hat sich die Regierung mit Beziehung auf den früher erwähnten Beschluss des Budgetausschusses des Abgeordnetenhauses dahin entschieden, von der hohen Reichsvertretung einen Credit für die österreichische Beteiligung an der Weltausstellung 1880/81 in Melbourne im Betrage von 10,000 fl. in Anspruch zu nehmen.

Reform des deutschen Bundesrates.

Die schnelle Beendigung der Kanzlerkrise hat in Berlin allgemein befriedigt und man erwartet nun mit einiger Spannung die in der Kaiserlichen Cabinetsordre angeregten Vorschläge des Fürsten bezüglich der Regelung seiner Stellung zum Bundesrathe. Fürst Bismarck hatte bekanntlich sein Entlassungsgejuch damit motiviert, dass er als Kanzler auf Grund des Artikels IX der Reichsverfassung nicht gegen die Majorität des Bundesrathes an den Reichstag appellieren darf, wie er als preußischer Vertreter und Minister hätte thun können und sollen. Diesen "Conflict der Pflichten", der aus Artikel XVI und XVII über die Stellung des Kanzlers entspringen könnte, lässt der Kaiser gelten, findet sich aber deshalb nicht "bewogen", den Fürsten seines Amtes zu entheben; dafür wird dem Fürsten Bismarck überlassen, beim Bundesrathe jene Anträge zu stellen, welche "die verfassungsmäßige Lösung eines derartigen Conflictes der Pflichten herbeizuführen geeignet sind". Die Reform, welche geplant wird, dürfte sich also nicht auf die Geschäftsordnung des Bundesrathes allein beschränken, sondern auf dessen organisches Statut selbst ausdehnen. In welcher Richtung sich die diesbezüglichen Anträge des Reichskanzlers bewegen werden, ist noch nicht bekannt; wohl gilt aber in Berlin als ein Fingerzeig dafür ein Artikel der "Norddeutschen allgemeinen Zeitung", in welchem die Gebrechen der derzeitigen Organisation und Geschäftsgebarung des Bundesrathes einer eingehenden Kritik unterzogen sind. Aus diesem Grunde glauben wir denselben seinem vollen Inhalte nach reproduzieren zu sollen. Er lautet wie folgt:

"Wer Gewicht darauf legt, dem Bundesrathe das Ansehen gewahrt zu sehen, welches die Verfassung ihm beilegt, wird den Wunsch mit uns theilen, dass der selbe sich auf einem höheren Niveau der politischen Bedeutung erhalte. Wir glauben, dass auch im Parlamente die staatsmännischen Elemente die Ansicht theilen werden, dass unsere Reichsinstitutionen nur dann einer gesunden Entwicklung entgegengehen, wenn dem Bundesrathe, in welchem die Gesamt-Souveränität der Regierungen sich vertreten findet, das ihm zugesetzte volle Gewicht erhalten wird. Das letztere vermindert sich nach unserem Eindrucke dadurch, dass bei der langen Dauer der Bundesraths-Sessions die leitenden Minister und vielfach auch die am Orte anwesenden preußischen nicht regelmäßig an den Sitzungen teilnehmen können, und dass viele der kleineren Staaten aus finanziellen Rücksichten es vorziehen, sich überhaupt nicht selbständig vertreten zu lassen, so dass die Substitution, welche selbst im alten Bundestage zu den seltenen Ausnahmen gehörte, in dem sehr viel bedeutsameren Bundesrathe für die Mehrzahl der Regierungen die Regel bildet. Die Frequenzlisten der Bundesrathsitzungen weisen nach, dass in der Regel von den 25 verbündeten Staaten nur 10 bis 11, in

selteneren Fällen bis zu 14 die Sitzungen durch eigene Bevollmächtigte beschickt haben. In den 29 Sitzungen der laufenden Session sind Lippe, Neuß jüngere Linie, Neuß ältere Linie, Anhalt, Sachsen-Coburg-Gotha überhaupt niemals, Schaumburg-Lippe einmal, Schwarzburg-Sondershausen sechsmal, Schwarzburg-Rudolstadt viermal, Sachsen-Altenburg einmal bei der Gründung, Sachsen-Meiningen sechsmal, Oldenburg zehnmal, Sachsen-Weimar zehnmal durch eigene Bevollmächtigte vertreten gewesen, also entweder in allen Sitzungen oder doch in der großen Mehrzahl derselben nur im Wege der Substitution.

"Das von der Verfassung gesuchte Gleichgewicht im Stimmenverhältnisse wird durch diese Gewohnheit einigermaßen alteriert. Wenn auch nicht zu erwarten ist, dass die leitenden Minister für die ganze Dauer der Sessions von ihrer Heimat abwesend sein können, so sollte man doch meinen, dass die Mitwirkung im Bundesrathe für jede der verbündeten Regierungen wichtig genug wäre, um durch irgend eine eigene Vertretung wenigstens an den bedeutsameren Sitzungen teilzunehmen. Wir glauben, dass es die Aufgabe des Präsidiums sein wird, der Schädigung, welche die Entwicklung unseres Verfassungsbildens durch Verminderung der Theilnahme an den Arbeiten des Bundesrathes erleidet kann, durch Anträge auf eine Reform der Geschäftsordnung entgegenzuwirken. Die Arbeiten des Bundesrathes sind nicht alle von gleicher Wichtigkeit, und für die geringeren bedarf es nicht der Anwesenheit leitender Minister. Es dürfte deshalb angezeigt sein, eine Sonderung der Arbeiten vorzunehmen, vermöge welcher die wichtigeren derselben sich auf einen Zeitabschnitt zu konzentrieren hätten, der so kurz zu bemessen sein würde, dass er den leitenden Ministern die Theilnahme ohne Schädigung ihrer verantwortlichen Geschäfte in der engeren Sphäre gestattete. Die Durchführung einer solchen Scheidung und ihre Anwendung namentlich auf alle legislativen Maßregeln erscheint uns nicht übermäßig schwierig. Nur gehört dazu allerdings eine gewisse Selbstbeschränkung in den legislativen Arbeiten der einzelnen Regierungen, so dass Anträge auf neue Gesetze oder wichtige allgemeine Verordnungen nur in einem gewissen Zeitraume zulässig wären und diejenigen, welche bis zum Abschluss derselben nicht eingeliefert werden können, ausnahmslos auf das nächste Jahr zu verweisen seien würden. Wir glauben nicht, dass unsere Gesetzgebung durch eine Minderung der Hast, mit welcher sie nicht selten betrieben worden ist, wesentlich verlieren würde."

Die "Kölner Zeitung" schlägt vor, den Bundesstaaten unter 100,000 Einwohnern eine berathende Stimme zu belassen, aber nur eine halbe beschließende Stimme zuzuerkennen. Sie findet es höchst sonderbar, dass Schaumburg-Lippe mit 33,000 Einwohnern eine ganze Stimme im Bundesrathe hat und also dasselbe Gewicht in die Waagschale wirkt, wie Oldenburg mit rund 320,000 Einwohnern. Wenn also Mecklenburg-Strelitz, Schwarzburg-Rudolstadt, Schwarzburg-Sondershausen, Waldeck, die beiden Neuß, Schaumburg-Lippe und endlich Lübeck statt je einer ganzen nur je eine halbe beschließende Stimme im Bundesrathe erhalten, was gewiss eine Willigkeit im Verhältnis zu ihrer Einwohnerzahl wäre, so sinkt die Zahl der Stimmen im Bundesrathe von 58 auf 54; die Hälfte beträgt 27; das Präsidium gäbe bei Gleichheit den Abschlag, und ein Fall, wie der jetzt vorgekommen ist, könnte nicht mehr vorkommen, da sie eben über die Hälfte der Stimmen verfügten. Das Verhältnis wäre auch dann noch ein ungerechtes, da $33\frac{1}{2}$ Millionen mit nur gleich vielen Stimmen vertreten würden, wie $7\frac{1}{2}$; aber die schreckende Folge des Missverhältnisses, wie sie jetzt praktisch hervorgetreten ist, wäre doch beseitigt. Diese Proposition ist sehr annehmbar, aber es würde voraussichtlich einen heissen Kampf kosten, sie durchzusetzen. Dass eine Verfassungsrevision notwendig ist, darin stimmen fast alle Blätter, mit selbstverständlicher Ausnahme der ultramontanen und particularistischen, überein.

Die Cabinetsfrage in England.

Das volle Ergebnis der englischen Parlamentswahl wird zwar erst im Laufe dieser Woche bekannt werden, aber trotzdem lässt sich schon jetzt mit ziemlicher Sicherheit die Stärke der künftigen Majorität calculieren. Das Unterhaus wird nach einer Wahrscheinlichkeitsrechnung 318 Liberale, 271 Conservative und 63 Homeuler zählen. Die Liberalen werden sonach eine Mehrheit von 47 über die Conservativen haben und mit den Homeulern vereint von 110; gehen aber die conservativen Homeuler mit den Tories, so vermindert sich die liberale Mehrheit um 17 Stimmen, beträgt also dann nur 93. Eine solche Majorität, wenn sie compact auftritt und vor einer Zersplitterung in sich befindende Fractionen bewahrt bleibt, genügt vollständig zu einer festen Stütze für eine kräftige Regierung.

Das Cabinet Beaconsfield gehört der Vergangenheit an; es hat seine Entlassung offiziell nur der Abwesenheit der Königin halber nicht gegeben, die der "Standard" ziemlich unverbünt tadelt. Das

Organ des Premiers meint, die Monarchin hätte in so ernstem Momente die Pflicht gehabt, sofort in die Heimat zurückzukehren, damit das abtretende Ministerium mit ihr die notwendig gewordenen Maßregeln berathet. Die Zusammensetzung und das Programm des Whig-Cabinets bilden den Gegenstand der allgemeinen Discussion, doch ist über die Hauptfrage, ob Gladstone in dasselbe eintreten wird, offenbar noch nichts entschieden. Die "Daily News" meint, dass angesichts der bestimmten Erklärungen Gladstones, Lord Granville und Lord Hartington den Vorrang lassen zu wollen, und in Anbetracht seiner bekannten Abneigung, ein Amt anzunehmen, die Königin möglicherweise einsehen werde, dass sie nur die Wahl zwischen Lord Granville und Lord Hartington habe und der ältere Führer und Staatsmann als Premier auserlesen werde. Gladstone könne unmöglich ein anderes Amt als dasjenige eines Premiers einnehmen. Es sei jedoch damit nicht gesagt, dass, wenn er das Amt des Premiers beharrlich ausschlage, er deshalb ganz und gar außerhalb der Regierung stehen müsse. Es sei entschieden wünschenswert, dass in irgend einer Weise sein Rath und seine Unterstützung der zukünftigen Administration in direkterer Weise gesichert würde, als dies durch bloße parlamentarische Unterstützung von außen möglich sei. Die zukünftige Premierschaft sei, wenn auch Verhältnisse und Umstände auf Lord Granville hinwiesen, darum doch noch kein vorausbestimmtes, durch constitutionelle Formen bedingtes Resultat. Unerwartete Entwicklungen dürfen noch immer möglich sein. Die Ära der politischen Ueberraschungen sei vielleicht noch nicht ganz vorüber.

Die "Times" glauben, dass Einzige, was sich bezüglich der Personen, aus denen die neue Administration bestehen werde, mit Zuversicht sagen lasse, bestehend darin, dass für jeden Posten mindestens drei Kandidaten mit berechtigten Ansprüchen vorhanden seien. Hiezu gehörten in erster Linie die Überlebenden des Cabinets von 1874, deren einige in den letzten sechs Jahren schwer gealtert seien, allein schließlich doch berücksichtigt werden müssten. Neben diesen Veteranen sei eine beträchtliche Anzahl neuer Männer, welche seit jener Zeit der Opposition gute Dienste geleistet hätten. Es werde dem neuen Premier nicht leicht fallen, eine Wahl zu treffen; was die Schwierigkeit noch vermehre, sei die Thatsache, dass einige derselben Ansprüche wichtiger politischer Interessen innerhalb der Partei vertraten.

Dass Mr. Gladstone möglicherweise nicht der Chef des neuen Cabinets sein wird, geht aus einer Neuherzung hervor, die Mr. Lowe (zuletzt Minister des Innern unter Gladstone) kürzlich im Laufe einer Wahlrede fallen ließ. Er sagte: "Ich weiß nicht, wer dazu berufen sein wird, die Regierung zu bilden, aber ich möchte mit Bezug auf die künftige Regierung bemerken, dass, wen immer auch die Königin mit deren Bildung betrauen dürfte, wenn er ein wirklicher und echter Liberaler ist, es eure Pflicht sein wird, ihn zu unterstützen, selbst wenn er nicht die Person sein sollte, die ihr ausserstehen haben würdet."

Gagesneuigkeiten.

(Beethoven-Monument in Wien.) Am 1. Mai d. J. wird in Gegenwart des Bürgermeisters und des Wiener Gemeinderathes das neue Beethoven-Monument am Platze vor dem akademischen Gymnäsum enthüllt werden. Der akademische Gesangverein wurde zur Mitwirkung an dieser Feier eingeladen.

(Das Festblatt der "Concordia.") Das anlässlich des großen, von der Wiener Aristokratie am 17., 18. und 19. d. M. in der Hofreitschule zu veranstaltenden Wohlthätigkeitscaroussels erscheinende Festblatt "Windobona" wird dadurch ein ganz besonderes Interesse für sich beanspruchen, dass es eine möglichst vollständige Autographen-Sammlung hervorragendster österreichischer Persönlichkeiten bringen wird; es wird nicht weniger als tausend Autographen enthalten: die Handschriften der bedeutendsten Staatswürdenträger, Politiker, Künstler und Schriftsteller, außerdem auch eine Collection trefflicher Handzeichnungen österreichischer Maler. Das Blatt, 24 Folioseiten stark, kann bei allen Zeitungs-Expeditionen bestellt werden zu den Normalpreisen von 1 Gulden (Prachtausgabe) und 30 Kreuzer (gewöhnliche Ausgabe).

(Graf Duchatel.) Der neuernannte französische Botschafter am Wiener Hofe, Graf Duchatel, gehört zu den reichsten Cavalieren Frankreichs. Man schätzt sein Vermögen auf 20 Millionen Francs. Er dürfte einer der jüngsten Botschafter sein, da er erst 42 Jahre zählt. Graf Duchatel ist mit der schönen und geistreichen Marquise d'Harcourt vermählt. Im Jahre 1870 trat Duchatel in die Assemblée Nationale, und Decazes sendete ihn dann als Gesandten nach Kopenhagen. Später ging Graf Duchatel als Gesandter nach Brüssel, wo er persona grata ist und zur Stunde noch verweilt. Der Graf gilt als Orleanist; sein Vater war Minister unter Louis Philippe. Es heißt, Graf Duchatel werde bei seiner Regierung beantragen, dass in Wien ein prachtvolles französisches Botschaftsgebäude erbaut werde. Im Augenblicke besitzt die Botschaft kein eigenes Heim in Wien.

(Tropfsteinhöhle in Herkulesbad.) Aus Mehadia wird der "Temesvarer Zeitung" geschrieben: "Gelegentlich von Grabungen, welche diesertage hier angestellt wurden, um das Fundament zu einem Hotel und einer Villa zu legen, stießen die Arbeiter auf eine Tropfsteinhöhle, welche eine Fläche von 150 Klaftern repräsentiert. In derselben wurde eine Unmasse von Gerippen vorschlüsslicher Thiere aufgefunden. Die Aufsuchung dieser Höhle dürfte in der wissenschaftlichen Welt großes Aufsehen machen, da dieselbe für Geologen und Naturforscher Stoff zu sehr interessanten Betrachtungen bietet."

(Ein neuer englischer Orden.) Wie die Londoner "World" erfährt, wird die Königin Victoria auf den Vorschlag Lord Beaconsfields anlässlich des Jahrestages ihrer Thronbesteigung einen Reichsverdienstorden stiften, der nur an Civilisten verliehen werden soll.

(Ein Opfer der Wahlen.) In Ramsgate in England wurde diesertage ein ehemaliger Schankwirt, Namens Osvald Puckeridge, weil er den Tod eines wertvollen Hundes verschuldet, zu sechs Wochen Zwangsarbeit verurtheilt. Er hatte den Hund über und über gelb und blau — die Farben der Liberalen und Conservativen — angestrichen, und das Thier hatte sich durch das Ablecken der Farbe vergiftet.

Locales.
Aus dem Sanitätsberichte des Laibacher Stadtphysikates für den Monat Jänner 1880.
(Schluss.)

IV. Aus dem Civilspitale gieng für den Monat Jänner d. J. folgender Bericht ein:

Mit Ende Dezember 1879 sind in Behandlung verblieben 465 Krante, zugewachsen sind im Monate Jänner d. J. 372 "

Summe des Gesamtkrankenstandes 837 Krante. Entlassen wurden 314 Krante, gestorben sind 37 "

Summe des Abfalls 351 mit Ende Jänner d. J. sind in Behandlung verblieben 486 Krante.

Es starben demnach 45 Prozent vom Gesamt-krankenstande und 10-6 Prozent vom Abfälle.

Von den im Civilspitale im Monate Jänner d. J. Verstorbenen waren 9 Laibacher, das ist solche, welche von der Stadt aus frank ins Spital kamen, und 25 Nicht-Laibacher, das ist solche, welche auf dem Lande erkrankten und von dort frank ins Spital kamen. Der Krankheitscharakter im Civilspitale während des Monates Jänner d. J. war folgender:

a) Medicinische Abtheilung: Vorwiegend waren Entzündungen und Katarre der Atemungsorgane, ferner Halsentzündungen, doch verliefen die Entzündungen sehr milde und erfolgte die Auffaung außerordentlich rasch. Der Krankenstand war in diesem Monate durchgehends ein sehr bedeutender.

b) Chirurgische Abtheilung: In diesem Monate wuchsen viele Verletzungen und Knochenbrüche zu. Der Heiltrieb war nicht günstig zu nennen. Wunddiphtheritis wechselte mit Wundrotlauf. Die Krankenaufnahme war eine bedeutende.

c) Abtheilung für Syphilis: Bei Männern kamen meist Entzündungen der Urethra, bei den Weibern breite Kondylome zur Behandlung.

d) Abtheilung für Hautkrank: Aufgenommen wurden außergewöhnlich viele Krante mit Erfrierungen zweiten und dritten Grades, meist an den Beinen.

e) Irrenabtheilung: Aufgenommen wurden acht Krante, darunter 2 Recidive, und 6 frische Erkrankungen, unter diesen zwei an Alkoholdelirien leidende Individuen. Ein Alkoholiker wurde geheilt, eine melancholische Krante gebessert entlassen. Ein an Pneumonie erkrankter Alkoholiker starb binnen 24 Stunden nach seiner Transferierung in die Irrenanstalt. Dermalen befanden sich 129 Krante in der Irrenanstalt.

f) Gebärhaus- und gynäkologische Abtheilung: Zu erwähnen ist ein tödtlich endender Fall von Windhust der Gebärmutter. Die Gebärende wurde sterbend hineingebracht. Wegen Ueberfüllung der Spitalsräume herrschten fortwährend Kindbettfieber.

V. Aus dem I. I. Garnisonsspitale gieng für den Monat Jänner d. J. folgender Bericht ein:

Mit Ende Dezember 1879 sind verblieben 86 Krante, seither sind zugewachsen 103 "

Summe 189 Krante. Genesen 105 Krante, erholungsbedürftig mit Ur-

Laubsantrag 4 ad superarbitrium 1 an das Civilspital übergeben 1 gestorben 2 "

Summe des Abfalls 113 verblieben mit Ende Jänner d. J. 76 Krante.

(Ritter von Kallina.) Der Herr Statthalter Ritter v. Kallina ist vorgestern von Graz, wo selbst er sich durch zwei Tage aufgehalten hatte, nach Brünn abgereist.

(Gemälde.) Der im kroatischen Jägerbataillon Nr. 19 dienende Oberlieutenant Felician Freiherr von Myrbach hat das aus dem bosnischen Occupationsfeldzuge bekannte Gefecht bei Kremenc am 17. August 1878, an welchem auch das genannte Bataillon erfolgreich einen Anteil genommen hatte, zum Gegenstande eines von ihm ausgeführten Gemäldes gemacht. Das Bild stellt eine Scene dar aus den Entzäpfgefechten bei Stolac, in welcher Beste, wie aus der Geschichte des bosnisch-herzegowinischen Feldzuges erinnerlich ist, ein Bataillon des Infanterieregimentes Nr. 32 eingeschlossen war, den größten Entbehrungen, der furchterlichsten Noth preisgegeben. Die dritte Gebirgsbrigade des GM. Schudder war damals zum Entzäpf von Stolac kommandiert, und das dieser Brigade angehörende 19. Jägerbataillon hatte am 16. August abends nach harten Kämpfen die Höhen von Kremenc genommen, dort einen Halt gefasst und am anderen Tage, den 17. August, in ununterbrochenem Feuergefechte von halb 6 Uhr morgens bis zur hereinbrechenden Dunkelheit in der Defensive ausgeharrt, bis die ganze Brigade die taktischen Auffstellungen um Stolac genommen hatte. Oberlieutenant Baron Myrbach hat nun jenen für das Bataillon unvergesslichen Gefechtsstag durch seinen Pinsel verewigt und dies Gefechtsbild der diesjährigen Ausstellung im Wiener Künstlerhause eingereicht. Der Künstler ist ein Sohn des gewesenen Landespräsidenten der Bukowina und gegenwärtigen Stellvertreters des Statthalters in Graz, Baron Myrbach. Bei der vorgestern stattgefundenen feierlichen Eröffnung der Gemäldeausstellung fand dieses Bild seitens Sr. Majestät des Kaisers, der demselben eine sehr eingehende Aufmerksamkeit widmete, die vollste Anerkennung.

(Tierquälerei.) Ueber einen diesertage vorgefallenen empörenden Act von Tierquälerei schreibt uns ein "entrüsteter Augenzeuge": "Freitag um 2 Uhr nachmittags erlaubte sich der Bedienstete eines hiesigen Geschäftsmannes, eine arme, noch dazu trächtige Käze bei der Fleischerbrücke unweit des Leug'schen Hauses in der furchterlichsten Weise zu quälen. Der rohe Mensch ergriff das Thier bei den Hintersüßen und schleuderte es mit voller Wucht auf den Boden, so dass es, vor Schmerzen winselnd und sich krümmend, liegen blieb. Eine nähere Besichtigung der Käze ergab, dass ihr sowohl die Rippen als auch beide Hintersüße gebrochen waren. Dass die Polizei gegen derartige Tierquälereien nichts thut, ist geradezu unbegreiflich." — Wir haben der vorliegenden Buschrift in unserm Blatte gerne Raum gegeben, da es uns selbst daran liegt, den Urheber dieses wahrhaft empörenden Roheitsactes der verdienten empfindlichen Strafe zuzuführen, können jedoch nicht umhin, hinzuzufügen, dass uns der lezte, gegen die Polizei gefahrene Busch zum mindesten sehr unpassend erscheint. Es wäre wahrlich etwas zu viel verlangt, von unserer kaum 20 Mann starken und mit Geschäften der verschiedensten Art überhäuften Polizeiwache zu beanspruchen, dass sie an allen Ecken und Enden der Stadt stehende Posten unterhält, um jedes allenfalls mögliche Unglück oder derartige Fälle vornehmlich verhindern zu können. Dass jeder einzelne Wachmann die Instruction hat, ähnlichen Tierquälereien, wie die oben geschilderte, energisch entgegenzutreten und dies — wenn eben einer antwesend gewesen wäre — auch sicherlich gethan hätte, sind wir überzeugt, aber allwissend und allsehend zu sein, bringt selbst ein Laibacher Polizeimann nicht zuwege. Der Ruf: warum thut die Polizei nichts dagegen? ist bei derartigen Vorfällen ein sehr beliebtes und nur zu oft gedankenlos nachgesprochenes Schlagwort, leider vergisst das läbliche Publicum aber in der Regel darauf, dass selbst die beste Polizei nicht das zu leisten imstande ist, was sie leisten sollte, wenn sie von der Bevölkerung nicht thatkräftig und freiwillig unterstützt wird. Hätte der "entrüstete Augenzeuge", der nach der Fassung des Briefes den rohen Tierquälern zu kennen scheint, seine Beschwerde statt an uns, direkt an die Polizei gerichtet, so zweifeln wir keinen Augenblick, dass er seinen Zweck rascher und einfacher erreicht und sich von der Grundlosigkeit seines Vorwurfs überzeugt hätte; wo jedoch kein Ankläger ist, gibt es bekanntlich auch keinen Richter. Den von ihm vielleicht gescheuten Anwurf, ein "Spitzel" zu sein, hätte er in dem vorliegenden Falle, der jeden menschlich Fühlenden empören muss, wahrlich ruhig auf sich nehmen können.

(Versuchter Einbruch diebstahl in die Cantine der Peterskaserne.) In der Nacht von Freitag auf Samstag wurde in der Cantine der hiesigen Peterskaserne ein äußerst frecher Einbruch versucht. Vier Männer hatten mit einem gegen fünf Meter langen eichenen Sparen, der einer Harpe als Stützbaum gedient haben dürfte, das massive, eiserne, in Stein eingemauerte Gitter herausgehoben, nachdem sie zuvor die Winterfenster ausgehauen, eine Scheibe der inneren Fenster eingedrückt und sodann leichter geöffnet hatten. Eben als die Strolche einsteigen wollten, erwachte infolge des Geräusches ein Soldat im ersten Stocke über der Cantine, welcher das Fenster öffnete, um nachzusehen, was es gebe. Die vier Einbrecher ergriffen, als sie sich

bemerkt sahen, sofort die Flucht. Der Cantineur Johann Goliasch hatte im Schanktische der Cantine einen Geldbetrag von 600 fl. veriwahrt, auf den es die verschneuchten Einbrecher offenbar abgesehen hatten.

— (Das schnelle Fahren.) Der 76 Jahre alte pensionierte Lehrer der Tirsauer Schule, Herr Lukas Susknik, welcher vergangenen Freitag um 9 Uhr morgens eine an der Thüre des ehemaligen Finanz-directionsgebäudes, nunmehr der Frau Terpinz gehörigen Hauses angeschlagene Affiche las, wurde von einem über das Trottoire daherrasenden bürgerlichen Fuhrwerke niedergerannt, so daß er auf das Trottoire gesleudert und von mehreren Passanten blutend aufgehoben wurde. Der bedauernswerte alte Mann hatte sich das Antlitz knapp unter den Augen sowie auch die Nase bedeutend verletzt und kann froh sein, mit dem Leben davongekommen zu sein. Der ländliche Fuhrmann fuhr davon, ohne die verdiente Strafe erhalten zu haben.

— (Schadenfeuer.) Dem Grundbesitzer Lorenz Erzar in Nasowitsch im Steiner Bezirk wurde durch ein in seinem Gehöfte am 12. v. M. um die Mittagsstunde aus unbekannter Veranlassung ausgebrochenes Schadenfeuer die Dreschlenne nebst zwei gefüllten Heuschoepfen eingäschert und hiervon ein nicht versicherter Schade von 600 fl. zugefügt.

— (Gemeindewahl.) Bei der Neuwahl des Vorstandes der Ortsgemeinde Mlaka im Bezirk Stein wurden der Grundbesitzer Andreas Svetlin von Podborcik zum Gemeindevorsteher und die Grundbesitzer Johan Kemic von Smajna und Josef Kozelj von Mlaka zu Gemeinderäthen gewählt.

— (Verkehrsstörung auf der Südbahn.) In der Südbahnstation Kriegelach sind diesertage beim Verschieben des Zuges Nr. 127 zwei beladene Waggons entgleist, wodurch beide Geleise unsfahrbar wurden. Der Verkehr war infolge dessen drittthalb Stunden lang gestört.

Neneste Post.

Original-Telegramme der "Laib. Zeitung."

Wien, 11. April. Wie die "Mont.-Revue" hört, ist eine Vereinbarung bezüglich der Verlängerung des gegenwärtigen deutsch-österreichischen Handelsvertrages auf ein weiteres Jahr zwischen den Cabineten von Wien und Berlin bereits definitiv erzielt.

London, 11. April. Bis jetzt sind 346 Liberale, 227 Conservative, 52 Homerulers gewählt.

Petersburg, 11. April. Fürst Gortschakoff verbrachte eine sehr unruhige Nacht; das fieberrhafte Phantasieren hörte erst morgens auf. Die Aerzte constatieren große Schwäche. Nachmittags war der Fürst etwas ruhiger. Der Kaiser besuchte ihn und ließ den Söhnen Gortschakoffs telegraphieren, nach Petersburg zu kommen.

Wien, 10. April. (Sitzung des Abgeordneten-hauses.) Der Ministerpräsident Graf Taaffe theilt die Demission des Reichs-Finanzministers Freiherrn v. Hofmann und die Ernennung des Herrn v. Szlavys zum Reichs-Finanzminister mit. — In fortgesetzter Budget-berathung weist Unterrichtsminister Freiherr v. Conrad entschieden die gestrige Bemerkung des Abg. Dr. Ruz zurück, dass die Regierung bei Berathung wegen Abkürzung der Schulpflicht eine Komödie aufgeführt. Er (der Minister) hat niemals etwas, was darauf berechnet war, einen dramatischen oder gar einen täuschen-de Effect zu erzielen. Weiters sprachen die Abg. Dr. Rechbauer und Wolfrum gegen, Czerkawski und Graf Clam-Martiniz für die Budgetvorlage.

Prag, 10. April. "Pokoř" meldet: Die in der zweiten Hälfte des Mai einzuberufenden Landtage werden aufgesondert, die Budgets pro 1880 und 1881 zu erledigen, da heuer keine weitere Landtagssession stattfindet.

Börsebericht. Wien, 10. April. (1 Uhr.) Anfangs sehr lebhaft, später ruhiger, aber noch immer sehr fest, interessierte sich die Börse heute ganz vorzugsweise für ungarische Goldrente.

	Geld	Ware
Papierrente	73 95	74 05
Silberrente	74 40	74 50
Goldrente	90 10	90 20
Vöse, 1854	123 50	124 —
1880	130 50	130 75
" 1860 (zu 100 fl.)	133 50	134 —
1864	174 50	175 —
Ung. Prämien-Anl.	115 —	115 25
Credit-L.	177 —	177 50
Rudolfs-L.	18 —	18 50
Prämienanl. der Stadt Wien	119 —	119 25
Donau-Regulierungs-Vöse	112 75	113 —
Domänen - Wandbriese	146 —	146 25
Österr. Schatzscheine 1881 rück-zahlbar	101 25	101 75
Österr. Schatzscheine 1882 rück-zahlbar	102 25	102 75
Ungarische Goldrente	106 15	106 25
Ungarische Eisenbahn-Anleihe	127 —	127 25
Ungarische Eisenbahn-Anleihe, Cumulativstufe	127 —	127 25
Ungarische Schapanw. vom 3. 1874	—	—
Anlehen der Stadtgemeinde Wien in V. B.	102 50	—

Grundentlastungs-Obligationen.		
Böhmen	103 —	104 —
Niederösterreich	104 50	105 —
Galizien	98 —	98 50
Siebenbürgen	91 50	92 25
Temeser Banat	90 50	91 —
Ungarn	91 25	92 —

Aktien von Banken.		
Anglo-österr. Bank	153 75	154 —
Creditanstalt	288 25	288 50
Depositenbank	216 —	217 —
Creditanstalt, ungar.	274 —	274 50
Oesterreichisch-ungarische Bank	840 —	842 —
Unionbank	112 25	112 50
Berlehrsbank	134 —	134 50
Wiener Bankverein	144 75	145 —

Aktien von Transport-Unternehmungen.		
Wlsöld-Bahn	158 25	158 75
Donau-Dampfschiff.-Gesellschaft	610 —	611 —
Elisabeth-Westbahn	190 75	191 25
Ferdinand-Nordbahn	2435 —	2440 —

Nachtrag: Um 1 Uhr 15 Minuten notieren: Papierrente 73 90 bis 74 —. Silberrente 74 40 bis 74 50. Goldrente 90 — bis 90 10. 153 25 London 118 55 bis 118 70. Napoleon 9 44 1/2 bis 9 45. Silber — bis —.

Pest, 10. April. Der Abschied Szlavys vom Abgeordnetenhaus hat sich zu einer Ovation für den scheidenden Staatsmann gestaltet; wie eine solche so spontan und so feierlich in diesem Hause kaum noch vorkommen ist. Alle Bänke waren dicht besetzt, die Galerien von einem distinguierten Publicum gefüllt.

Pest, 9. April. (Frdb.) Die Stadtgemeinde Fünfkirchen hat beschlossen, die Colportage österreichischer Druckwerke in ihrem Jurisdicitionsgebiete zu untersagen.

Berlin, 10. April. (Presse.) Gerichtsweise verlautet, es herrsche die Absicht, die Reichsgewalt mit einem verstärkten Beto auszustatten, welches den Reichskanzler der Nothwendigkeit überhebt, die Bundesrathsbeschlüsse, die er nicht billigt, zu vertreten.

Berlin, 10. April. Der Reichstag genehmigte heute in zweiter Lesung sämtliche übrigen Paragraphen der Militärvorlage wesentlich nach den Commissions-Anträgen. Ein Antrag Hermanns, die Befreiung der Geistlichen vom Militärdienste überhaupt auszusprechen, wurde abgelehnt. Der Antrag Richters, die Befreiung der Geistlichen von der Ersatzreserve-Ubungspflicht zuzulassen, hingegen angenommen; dafür stimmte auch Moltke. Der Antrag Buchlers, den Reichskanzler zur Herbeiführung eines Staatencongresses befugt allgemeiner Abrüstung zu veranlassen, wurde nahezu einstimmig abgelehnt.

Berlin, 10. April. (Wr. Allg. Blg.) Aus Petersburg wird berichtet, dass die Polizei die socialistische Hauptkasse in den letzten Tagen entdeckt und an Geld 8000 Rubel gefunden habe.

London, 10. April. (N. fr. Pr.) Der Wiener Correspondent des "Daily Telegraph" erfährt, dass der Aussall der englischen Wahlen große Bestürzung auf der Pforte verursachte und infolge dessen der Sultan den Wiener Botschafter Edhem Pascha beauftragte, anzufragen, ob man in Wien zu einer österreichisch-türkischen Allianz geneigt wäre.

London, 10. April. Die "Times" halten dem Lord Beaconsfield einen politischen Nachruf und sagen, bei seinem Alter werde er wohl nie mehr ans Ruder kommen. In einem liberalen Cabinet, sagt das Blatt, müsse Gladstone sitzen, sonst müsste man um jeder Frage willen sich bei ihm Ratheis erholen.

Petersburg, 10. April. Die "Daily News" verzeichnen das Gerücht, dass in Peking eine Revolution ausgebrochen sei.

Galaz, 10. April. (Presse.) Vier Seemeilen unter unserer Stadt ereignete sich heute ein Unglücksfall, wie er sonst nur nachts auf hoher See vorzukommen pflegt. Am hellen Tage, vormittags zehn Uhr, stießen der österreichische Dampfdampfer "Flora" und der englische Transportdampfer "Baritta" mit solcher Behemen zusammen, dass letzterer sofort sank. Sechs Menschen, ein Passagier und fünf Matrosen, büßten das Leben ein. Die übrigen Passagiere und der Rest der Bevölkerung wurde gerettet, während die Ladung gleichfalls zugrunde ging.

Constantinopel, 10. April. (Pol. Corr.) Heute soll die Unterzeichnung des den Gebietsaustausch mit Montenegro betreffenden Protocols stattfinden. Graf Corti hat seine für gestern anberaumt gewesene Abreise bis nach erfolgter Unterzeichnung des fraglichen Protocols verschoben.

Telegraphischer Wechselkurs

vom 10. April.

Papier-Rente 73 80. — Silber-Rente 74 20. — Gold-Rente 90 15. — 1860er Staats-Anlehen 130 50. — Banknoten 841. — Creditanlagen 287 50. — London 118 60. — Silber —. — R. f. Münz-Ducaten 5 58. — 20-Franken-Stücke 9 44 1/2. — 100-Reichsmark 58 35.

Lottoziehung vom 10. April:

Wien: 66 81 25 9 76.

Graz: 42 35 20 86 80.

Handel und Volkswirtschaftliches.

Laibach, 10. April. Auf dem heutigen Markte sind erschienen: 12 Wagen mit Getreide, 3 Wagen mit Heu und Stroh, 24 Wagen mit Holz.

Durchschnitts-Preise.

	Mitt.	Mitt.		
	fl. kr.	fl. kr.	R. fr.	fl. kr.
Weizen pr. Hektolit.	10 72	11 46	Butter pr. Kilo	— 70 —
Korn	7 15	7 20	Eier pr. Stück	1 —
Gerste (neu)	5 39	5 40	Milch pr. Liter	8 —
Hafjer	3 74	3 63	Rindfleisch pr. Kilo	54 —
Halbschrot	—	8 53	Rabifleisch	48 —
Heiden	5 20	6 07	Schweinefleisch "	62 —
Hirse	5 39	5 80	Schöpferfleisch "	36 —
Kefuruz	6 80	7 99	Hähnchen pr. Stück	70 —
Erdäpfel 100 Kilo	3 39	—	Lauben	19 —
Linzen pr. Hektolit.	8 —	—	Heu 100 Kilo	187 —
Erbsen	8 50	—	Stroh	178 —
Zitullen	9 —	—	Holz, hart, pr. vier	7 —
Rindfleischmalz Kilo	80 —	—	Q.-Weter	5 —
Schweineschmalz "	70 —	—	weiches,	20 —
Speck, frisch	56 —	—	Wein, roth., 100 Vit.	16 —
— geräuchert "	60 —	—	weißer "	—

Angekommene Fremde.

Am 10. April.

Hotel Stadt Wien. Löwensohn, Bergstein, Hutel, Kaufleute, und Renziolo, Reisender, Wien. — Kallan, Realitätsbesitzer, Trissail.

Hotel Elephant. Perl Ritter v. Hildrichsburg, k. k. Regierungsrath, Wien. — Gariboldi, k. k. Hauptmann, Wr. Neustadt. — Kühn, Betriebsdirektor der Südbahn, und Wilser, Oberingenieur, Steyer. — Hirschfeld.

Verstorben.

Den 10. April. Helena Kos, Postconducteurin, 74 J. 10 Mon. Petersstraße Nr. 22, Lungentuberkulose. Den 11. April. Francisca Kosir, Taglöhnerin, 4 Mon. Triesterstraße Nr. 24, Beinhieber. — Olga Birschik, Apothekerin, Tochter, 10 J. Rathausplatz Nr. 11, Entkräftung.

Im Civilspitale:

Den 9. April. Katharina Czizman, Grundbesitzerin, 56 J. Gehirnhautentzündung.

Meteorologische Beobachtungen in Laibach.

April	Zeit der Beobachtung	Barometerstand in Millimetern auf ge. & reducirt	Lufttemperatur nach Gefühl	Wind	Windstärke	Windrichtung
10.	7 U. Morgen	732 21	+ 5 4	O. schwach	bewölkt	0 00
10.	2 R.	731 97	+ 10 9	SW. schwach	bewölkt	
10.	9 Ab.	732 16	+ 7 3	SW. schwach	bewölkt	
11.	7 U. Morgen	732 85	+ 6 4			